

## Rentenerhöhung?

Von Prof. Dr. Horst Bischoff und Wolfgang Schmidt

Möglicherweise schon am 9. April 2008 will das Bundeskabinett die nötigen Änderungen beschließen, um durch Aussetzung des »Riester-Faktors« eine Rentenerhöhung von 1,1 % statt 0,46 % ab 1. Juli 2008 auf den Weg zu bringen. Auch 2009 soll auf die »Dämpfung« des Rentenanstieges nach der Formel des einstigen sozialdemokratischen Ministers verzichtet werden, meldet die »Berliner Zeitung« am 29.03.2008. Die »Anstiegsdämpfung« werde aber in den Jahren 2012/2013 nachgeholt.

Die noble Begründung lautet, dass man die Rentner »am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben lassen« wolle. Es geht also nicht um Wahlspeck für die 2009 anstehenden Bundestagswahlen – oder doch?

CDU/CSU-Politiker, das FDP-Lager und vor allem die »Arbeitgeber«-Verbände sind von dieser Idee keinesfalls begeistert. Wenn der Staat schon Geld ausgibt, dann gefälligst zur Absicherung des Wirtschaftswachstums und zur Erhaltung der Arbeitsplätze, wie Profitgier heute allgemein und wohlgefällig umschrieben wird.

Die Regierung hat jedoch viele Gründe, ihre soziale Ader für die Rentner zu entdecken. Nicht nur, weil es sich um mehr als 20 Millionen Wähler handelt, sondern auch, weil genau dieser Personengruppe neue Zumutungen ins Haus stehen. So wird der Beitrag für die Pflegeversicherung ab 1. Juli 2008 um 0,25 % steigen, und spätestens ab 2009 sollen mit der Einführung des einheitlichen Beitragssatzes für einen Gesundheitsfond die Krankenkassenbeiträge vermutlich um mindestens 0,5 % angehoben und danach durch die einzelnen Krankenkassen weiter in die Höhe getrieben werden.

Vor allem aber nagt die Inflation am realen Wert der gezahlten Renten. Sie erreichte im März 2008 den Rekordwert von 3,1 %, wobei Energie, Benzin und Diesel mit 14,4%, Heizöl mit bis zu 44,3% und Nahrungsmittel mit bis zu 9,6% die größten Preistreiber waren.

Nach Berechnungen der »Berliner Zeitung« vom 29.03.2008 haben die Renten im Osten in den letzten vier Jahren allein durch die Inflation 7,1 % ihres realen Wertes verloren. Diese hauptsächlich von der großen Koalition zu verantwortende Entwicklung wird sich beschleunigt fortsetzen. Trotz 1,1 % Rentensteigerung werden

also die Renten auch weiter deutlich hinter dem Preisanstieg zurückbleiben.

Weit in die Ferne rückt eine Angleichung der Rentenwerte Ost an West. Noch sind genaue Zahlen nicht bekannt. Wenn aber die beabsichtigten Rentensteigerungen 1,03 % im Westen und 1,13 % im Osten betragen sollen, dann sind bei Beibehaltung dieses Tempos gleiche Lebensverhältnisse der Rentner in genau 31,8 Jahren zu erwarten, allerdings nur unter der recht unwahrscheinlichen Voraussetzung, dass jährlich Rentenerhöhungen, noch dazu in den gleichen Proportionen erfolgen.

Hauptargument der Gegner der nun wirklich nicht umwerfenden Rentenerhöhungen ist deren angeblich nicht gewährleistete Finanzierung. Die Unternehmerverbände malen bereits Mehrausgaben von 12 Milliarden € bis 2013 an die Wand, die nach ihrer Auffassung nicht gedeckt seien – was allerdings bei Weiterführung der bisherigen Finanz- und Haushaltspolitik durchaus traurige Wahrheit werden kann. In der Tat: die Abwehr von Altersarmut ist nur durch einen Systemwechsel zu erreichen.

Die ständige Umverteilung des Volksvermögens zugunsten der reichen Oberschicht, wie sie am krassesten in der erheblichen Senkung der Spitzensteuersätze zum Ausdruck kam, muss

beendet werden. Dass selbst solche auch in der kapitalistischen Welt als niedrig anzusehenden Spitzensteuersätze durch legale Steuertricks und Verlagerung von Vermögen ins Ausland ständig umgangen werden, soll hier nicht weiter erörtert werden. »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Selbst eine Enteignung ist zum Wohle der Allgemeinheit zulässig, heißt es in den Artikeln 14 und 15 des Grundgesetzes.

Ist es nicht an der Zeit, über eine stärkere staatliche Kontrolle oder Verstaatlichung der großen Energiekonzerne nachzudenken, deren Profitgier offenbar keine Grenzen mehr kennt? Warum müssen Steuerzahler einspringen, um Fehlspekulationen von Banken und deren Verluste auszugleichen? Allein die IKB musste kürzlich mit 8,5 Milliarden € gestützt werden. Selbst der Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann (Jahreseinkommen 2007: 13,98 Millionen €), fordert jetzt staatliche Hilfe, »um das Vertrauen in die globalen Finanzmärkte wieder herzustellen« (Handelsblatt vom 18.03.2008). Sollten nicht nur die Verluste, sondern auch die horrenden Gewinne der großen Banken und Versicherungen sozialisiert werden?

An Geld fehlt es wahrlich nicht, es muss nur anders verteilt und nicht sinnlos verpulvert werden, wie z.B. für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wie kein anderer Staat der Welt ist Deutschland wegen seiner Geschichte moralisch berechtigt und geradezu verpflichtet, sich aus jeglichen Kriegseinsätzen herauszuhalten.

Doch zurück zur bevorstehenden Rentenerhöhung. Sie ist in Wirklichkeit eine abgemilderte Rentensenkung. Dass nun aber auch im Regierungslager Unbehagen aufkommt angesichts der unverschämten Abzockerei bei den Renten und der dadurch ausgelösten und spürbar wachsenden Unzufriedenheit der Rentner, ist dennoch ein positives Signal. Dabei steht ein sich formierender Protest der Rentnergeneration noch am Anfang. Tragen wir dazu bei, dass die Herrschenden dieses Protestpotential auch über die nächsten Wahlen hinaus einkalkulieren und beachten müssen!

## Gibt es was Neues?

Von Helmut Holfert, Mitglied des Beirates

Gehe ich durch mein Wohngebiet, so begegne ich Freunden und Bekannten, die um mein Engagement wissen, und sie stellen mir oftmals die Frage: »Helmut, was gibt es Neues?« Es ist nicht die Frage nach Einkaufspreisen, Sonderangeboten und dergleichen, es ist die uns alle bewegende Frage nach einer gerechten Rente. Somit verlängert sich bei mir dieser oder jener Gang ums Haus um viele Dutzende Minuten sehr zum Leidwesen meiner Frau, doch auch mit ihrem Verständnis, die Fragenden nicht allein gelassen zu haben. Gibt es nun wirklich etwas Neues, etwas, was uns für

unseren Kampf um die Rentengerechtigkeit Mut macht? Ich meine, so Vieles, dass es der Einzelne kaum noch überschauen kann.

Zuerst einmal etwas zu den verschiedenen Petitionen an den Bundestag, die in den letzten Wochen und Tagen auf den Weg gebracht wurden. Ausgelöst vom Landesseniorenarbeitskreis im DGB Berlin/Brandenburg, richtet sich der Protest gegen die Renten-Nullrunden und fordert eine Steigerung mindestens in Höhe der

**Gibt es was Neues • Fortsetzung von S. 1**

Inflationsrate, gegen eine drohende Altersarmut (eine Rente mit 67 wird sie garantiert bringen) und verlangt letztlich eine längst anstehende Angleichung des Rentenwertes-Ost an den Rentenwert-West. Wir wissen um den Minderbetrag von 3,18 € je Entgeltpunkt – und das 18 Jahre nach der deutschen Einheit.

Warum setze ich das an die Spitze und nicht die uns übergestülpte Strafrente? Wie der erneute Gang nach Karlsruhe ganz sorgsam, gewissenhaft, wissenschaftlich fundiert und mit den richtigen Partnern gegangen wird, darüber wurde in den letzten drei Ausgaben von **ISOR aktuell** informiert, einschließlich des Briefes des Vorstandes an die Bundeskanzlerin. Was unsere TIG-Vorstände, die Betreuer in den TIG und jeder Einzelne zu diesen Petitionen dazu bisher leisteten, ist von unschätzbarem Wert, auch für uns Strafrentner. Warum? Mit alldem folgen wir nur dem Ruf der Bundeskanzlerin zum Aufzeigen der »Defizite Deutscher Einheit« und der unvermeidlichen Forderung nach deren Beseitigung. Ob sie so verstanden sein wollte, das sei dahin gestellt, wir klinken uns ein in die Probleme, die viele Rentner der Bundesrepublik bewegen, deren Erwerbsbiographien in der DDR geschrieben wurden und von denen, die auch nach 18 Jahren für zukünftige Rentenansprüche nur nach ostdeutschen, also minderen Maßstäben, arbeiten müssen oder dürfen, so es ihnen mit einem Arbeitsplatz gestattet wird. Aus diesem Grunde halte ich es für außerordentlich wichtig, Unterschriften nicht nur beim ISOR-Mitglied zu sammeln; der benachbarte Rentner, der Rentenanwärter, der vielleicht noch gar nicht so recht um sein zukünftiges »Glück« Bescheid weiß, sie alle sollten wir mit einbeziehen. Machen wir die Lage anhand der Tatsachen klar, so sind seine Unterschrift und die seiner Familie, seiner Bekannten wohl zu erhalten. Doch das Wesentliche sehe ich auch darin, dass wir uns Verbündete für die Zeit schaffen, in der wir unseren weiteren politischen Kampf nach einem hoffentlich positiven höchstrichterlichen Urteil zu organisieren haben. Denn ein solches Urteil wird die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag nicht automatisch auf unseren Kurs bringen. Zum Verständnis zitiere ich dazu Kersten Naumann (DIE LINKE) aus »Disput« vom März: »Jetzt bin ich im Bundestag und Vorsitzende seines Petitionsausschusses. ... Wie oft kommt Hilflosigkeit auf, wenn ich nicht helfen kann. Noch so berechnete Anliegen der Bürgerinnen und Bürger scheitern an den Mehrheitsverhältnissen. Erhalte ich dann bittere Briefe, ›... wie könnte denn ich als LINKE...‹, dann ist mir schon mal zum Heulen. Es gibt aber auch Erfolgserlebnisse.«

Nun zu den Bundestagsabgeordneten. Es hat schon Sinn die Abgeordneten seines Wahlkreises anzuschreiben und sie mit unseren Problemen,

die Rente betreffend, vertraut zu machen. Aus meiner Erfahrung und denen anderer weiß ich, dass es MdB gibt, die ehrlich sind und eingestehen, von diesen Problemen kaum etwas zu wissen.

Niedrigere Löhne und angeblich geringere Produktivität in den neuen Ländern müssen zur Begründung der Rentenwertunterschiede erhalten. Ähnliche Unterschiede zwischen den alten Bundesländern spielen in ihren Argumenten überhaupt keine Rolle. Ein FDP-Abgeordneter teilte mir mit: »Eine sofortige Erhöhung des Rentenwertes Ost – losgelöst von der Grundlage der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung – entspricht allerdings aus mehreren Gründen nicht den realen Erfordernissen.« Alles mündet letztlich in das Wehklagen, dass unsere Forderungen nur durch entsprechende Transferleistungen von West nach Ost zu realisieren wären. Deshalb sei angemerkt, dass von über zwei Millionen erwerbsfähigen Bürgern aus Ostdeutschland, die seit 1990 in die alten Bundesländer übersiedelten – 140.000 kommen jährlich dazu –, bzw. als Pendler dort arbeiten und diejenigen,

die im Osten in Unternehmen arbeiten, deren Sitz sich aber im Westen befindet, dass alle ihre Einzahlungen in die Gesetzliche Rentenversicherung-West fließen. Wer transferiert also wohin? Teilen wir diese Wahrheiten geduldig und sachlich den Abgeordneten unseres Umkreises mit, damit auch sie zu neuen Erkenntnissen angeregt werden. Unterstützen wir auch diejenigen unserer Freunde und Genossen, denen es aus Altersgründen und auch technischen Möglichkeiten schwerer fällt, ein solches Schreiben zu verfassen – ermuntern wir sie.

Ein Letztes sei abschließend von der Seele geschrieben. Viele sind wir; sind wir auch genug? Stehen nicht noch viele abseits, denen eine Strafrente bereits zugestanden wird oder denen sie noch droht? Unser letzter Weg ist finanziell höchst anspruchsvoll und wird es wohl auch noch bleiben. Zwei Fragen deshalb an die noch Abseitsstehenden: 1. Warum entzieht Ihr Euch der solidarischen Aktion? 2. Wer kann sich für solch einen moderaten Monatsbeitrag einen solch guten Anwalt, wie es ISOR bisher unbestritten war, leisten?

*Aus der Arbeit des Vorstandes:*

Dr. Lothar Wellschmied berichtete, dass die amtlichen Daten zur Einkommensentwicklung in der NVA den beauftragten Gutachtern zugegangen sind. Damit ist die Bereitstellung von Daten für das sozialwissenschaftliche Gutachten zur Klärung der Einkommensverhältnisse und der Qualifikationsstruktur des MfS abgeschlossen.

★

Die vom Bundesverfassungsgericht angeforderte Stellungnahme zu einem Vorlagebeschluss betreffs § 6 Abs. 2 AAÜG wurde termingemäß übersandt. ISOR begründet in dieser Stellungnahme unseren Standpunkt – wie die anderen ebenfalls zur Stellungnahme aufgeforderten Sozialvereine auch – dass die Regelung des § 6, Absatz 2 verfassungswidrig ist.

★

Der Vorstand beschloss die Konzeption für eine Beratung Ende Mai 2008 zur Erläuterung der politischen und juristischen Schwerpunkte im Kampf gegen die Bestimmungen der §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG, an der Vorstand und Beirat von ISOR, die Arbeitsgruppen und die TIG-Vorsitzenden teilnehmen werden.

★

Die Landesbeauftragten berichteten über die Lage in den einzelnen Ländern. Übereinstimmend stellten sie fest, dass die bevorstehende Wiederaufnahme des juristischen Kampfes von vorsichtigem Optimismus begleitet wird. Betont wurde die Notwendigkeit, die Mitglieder auf eine längere Auseinandersetzung einzustellen und sie weiter für das gemeinsame solidarische Handeln zu mobilisieren. Dem persönlichen Gespräch mit den Mitgliedern, der Gewinnung noch abseits Stehender und der entsprechenden Arbeit der Vorstände und Betreuer kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Wichtig sei es auch, in geeigneter Weise an den Kämpfen für soziale Gerechtigkeit und zur Verbesserung der allgemeinen Lage der älteren Generation teilzunehmen.

★

Der Vorstand beschäftigte sich in einem gesonderten Tagesordnungspunkt mit der Wirksamkeit der Web-Seite des Vereins. Er konnte feststellen, dass der Internet-Auftritt von ISOR vor allem für die Außenwirkung unseres Vereins an Bedeutung gewinnt und einen beachtlichen Zuspruch findet. Die Arbeit an der Web-Seite soll deshalb noch wirkungsvoller mit der Tätigkeit des Pressesprechers koordiniert werden.



Erneut mit Erfolg fand mit den Beiratsmitgliedern und eingeladenen TIG-Vorsitzenden des Landes **Mecklenburg-Vorpommern** die schon zur Tradition gewordene jährliche Beratung in Kuhs, dieses Jahr am 1. März 2008, dem 52. Jahrestag unserer ehemaligen Volksarmee, statt.

Die Vorstandsmitglieder Siegfried Felgner und Horst Hartrampf beurteilten umfassend die gegenwärtige sozial-rechtliche und die politisch-juristische Lage, die weitere optimistische Hoffnung auf den rentenrechtlichen Erfolg zulässt. Getragen von dem Optimismus im Kampf um Rentengerechtigkeit und der Beurteilung der rechtspolitischen Situation wurde Bilanz gezogen. Einheitlich war die Auffassung der Teilnehmer, weiterhin und unablässig die Wirksamkeit des Kampfes in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Vereinen zu erhöhen. »Wir orientieren uns« – so die Auffassung – »sowohl auf die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts als auch auf die Rentenangleichung Ost an West«. Nach fast 18jähriger deutscher Einheit sollte der Unterschied zwischen Ost- und Westbürgern beseitigt werden. Die neu eingeleiteten juristischen Aktivitäten mit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg werden wir politisch flankierend geeignet unterstützen.

Betont wurde: Nur durch die Bewertung und die schlüssige Urteilsbegründung des BVerfG war der Gesetzgeber gefordert, die rechtlichen Grundlagen für die Verbesserung der Rentenbezüge zu beschließen.

Für 2008 wurde geschlussfolgert:

- Weiterhin eine stabile Bewegung im Rentengerechtigkeitskampf in den TIG sichern;
- Entfaltung einer breiten Initiative zur Abfassung und Versendung von Petitionen nach der Orientierung in **ISOR aktuell** 2/08;
- Gewährleistung der Arbeit der TIG-Vorstände und der finanziellen Sicherstellung des Vereins;
- Regelmäßigere Analysierung der Altersstruktur in den TIG-Vorständen und Sicherung der Ersetzbarkeit;
- Durchgängig mit der Erfolgsbilanz arbeiten;
- Struktur und Haushaltsführung im Blick halten, ständige Arbeit mit den Führungsunterlagen sichern, Termintreue halten.

Resümee der Beratung: Wir sehen mit Optimismus und Zuversicht in Mecklenburg-Vorpommern auf das Jahr 2008. Jeder personelle Erfolg in der Mitgliedergewinnung ist ein Stärkungsbetrag für ISOR. Unser rentenrechtlicher Kampf ist durch das Grundgesetz gestützt. Die Wertneutralität der Rente ist unantastbar.

*Walter Krüger, TIG Güstrow*

★

Die TIG **Angermünde** hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 1. März zunächst den Jahrestag der NVA gewürdigt.

Es wurde Bilanz unserer Arbeit gezogen und dargelegt, wie es im Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts weiter geht. Dabei wurde besonders herausgearbeitet, dass neben den juristischen Schritten vor allem die politischen Aktivitäten verstärkt werden müssen. Die Notwendigkeit einer Vielzahl von Petitionen, auch durch Freunde und Bekannte, wurde hervorgehoben und die Muster für Petitionen erläutert und übergeben.

*Fritz Langer*

★

Im August 2007 hat der Vorstand der TIG **Berlin-Hohenschönhausen** einen Appell an alle Mitglieder gerichtet. Er war in **ISOR aktuell** 08/07 abgedruckt. Nun haben wir ihn weiter mit konkreten Inhalten versehen und an die Mitglieder der TIG direkt herangetragen.

In allen Wohnbereichen von Hohenschönhausen wurde in den Monaten Dezember 2007 bis März 2008 in 13 Kiezversammlungen die gegenwärtige Lage und die konkreten künftigen Erfordernisse ausführlich erläutert. Es konnte verständlich gemacht werden, dass die nun vorhandenen, nicht widerlegbaren Fakten und die juristische Klarheit unsere Hoffnungsträger für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts sind. Deshalb ist die Geschlossenheit und der Zusammenhalt in unseren Reihen jetzt wichtiger denn je. Es kam daher besonders darauf an, reale und überzeugende Argumente zu vermitteln und die erforderlichen Zusammenhänge darzustellen. Den Auftakt gab die erste Kiezversammlung im Dezember 2007 mit Ausführungen von Prof. Dr. Horst Bischoff.

Die weiteren Veranstaltungen wurden in abgestimmten Redebeiträgen vom Vorsitzenden der TIG und dem Mitglied des Vorstandes Dr. Gerhard Dylla gestaltet.

Insgesamt ist deutlich geworden, dass der direkte Kontakt und das persönliche Gespräch entscheidende Faktoren zur Inspiration und Motivation unserer Mitglieder sind.

Das gute Ergebnis und die positive Resonanz unserer Mitglieder rechtfertigen den relativ hohen Aufwand zur Organisation und Gestaltung dieser Versammlungen, auch wenn wir uns noch mehr Teilnehmer gewünscht hätten.

Verständlich ist auch der Wunsch unserer Mitglieder, solche Veranstaltungen in kürzeren Abständen durchzuführen. Leider ist das bei unserer großen TIG und dem schwierigen Raum-

problem nicht einfach. Dennoch sind wir angehalten, weiter nach Lösungen dafür zu suchen.

Herzlicher Dank gebührt unseren zuverlässigen und fleißigen Vorstandmitgliedern und Betreuern für die Organisation und Vorbereitung dieser Versammlungen.

Das Ziel für diese letzte und entscheidende Etappe ist eindeutig und klar.

Niemand und nichts kann und darf uns davon abhalten, diesen Kampf nun konsequent zu Ende zu führen. Deshalb sollte auch keiner mehr von diesem fahrenden Zug abspringen, wenn er weiß, dass es der »Letzte« ist.

Und die Bitte an alle »Nochnichtmitglieder« heißt, springt auf und fährt mit.

Dafür ist es nicht zu spät.

*Klaus Schlegel, Mitglied des Beirates*

★

Die AG-Öffentlichkeit der TIG **Rostock** hat, die in ISOR aktuell 2/08 genannten Maßnahmen zum Schreiben von Petitionen zur Angleichung der Rentenwerte – Ost an die Rentenwerte – West zum Anlass genommen, um gemeinsam mit den Betreuern unsere Mitglieder und Sympathisanten für Unterschriften unter diese Petition zu gewinnen. Durch unsere Betreuer und Vorstandsmitglieder wurden bisher 1139 Unterschriften für diese Petition sowie 20 Einzelpetitionen gesammelt.

Außerdem wurden weitere 70 Petitionsvorlagen an Mitglieder, die nicht in Rostock wohnhaft sind, verschickt mit der Bitte, diese selbstständig an den Petitionsausschuss des Bundestages zu senden.

Wir werden die Listen und 20 Einzelpetitionen geschlossen an den Petitionsausschuss des Bundestages übersenden.

Lassen wir den Regierenden keine Ruhe, damit sie gezwungen werden, diese Rentenungerechtigkeit und andere zu beseitigen.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern und Sympathisanten für ihre gezeigte Solidarität und bei den Betreuern für die fleißige Arbeit.

*Horst Zöllick*

★

Wir unterstützen den Brief des Vorstandes an die Bundeskanzlerin, in dem sie aufgefordert wird, das Rentenunrecht zu beseitigen. Zum Jahresbeginn erfuhren wir von der Absicht der Kanzlerin, Mängel der Rentenüberleitung zu prüfen und eine Klärung herbeizuführen. Der Vorstand unserer TIG **Magdeburg** teilte Frau Merkel mit, dass wir diese Absicht begrüßen. Er forderte, die willkürliche Kürzung erworbener Rentenansprüche durch die §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG zu beseitigen. An die Fraktionen des Bundestages schrieben wir, dass sie die Kanzlerin unterstützen mögen.

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 4